

Finanzmarkt in Österreich: Arbeitnehmerinteressen besser berücksichtigen!

Franz Gall/Judith Vorbach

Zwar wurde nach der Finanzmarktkrise 2008 ein Kollaps des Finanzsystems durch mehrere staatliche Notfallmaßnahmen abgewehrt, jedoch lasten die Kosten der Krisenbekämpfung bis heute schwer auf den öffentlichen Budgets. Auch die – notwendige – Neugestaltung der Finanzmärkte ist noch alles andere als erledigt.

Um die Situation nachhaltig zu stabilisieren, bedarf aber einer umfassenden Regulierung der Finanzmärkte. Dabei ist es höchste Zeit, dass sich die Gestaltung des internationalen Finanzsektors endlich an den Bedürfnissen der Allgemeinheit orientiert. Der Ball kann jedoch nicht ständig auf eine übergeordnete Ebene gespielt werden. Daher gilt für Österreich: Der nationale Handlungsspielraum für Finanzmarktregulierung muss so weit wie möglich genutzt werden. Es geht um die Frage: Wie müssen wir die Finanzmärkte organisieren, damit möglichst viele Menschen auf einem möglichst hohen Wohlstandsniveau und in einem wirtschaftlich stabilen Umfeld leben können? Die Beantwortung dieser Frage schließt automatisch mit ein, dass die Interessen der Arbeitnehmer/-innen deutlich stärker berücksichtigt werden. Wir brauchen daher ...

- stabile Finanzmärkte, die nicht eine ständige Gefahrenquelle darstellen, sondern vielmehr ihre gesamtwirtschaftliche Funktion der Risikoübernahme erfüllen.
- geordnete Finanzmärkte, die ihrer Vermittlungsfunktion zwischen Anleger/-innen und Investoren/-innen bzw. ihrer Finanzierungsfunktion ausreichend nachkommen.
- ein Krisenmanagement, das ihnen nicht die Kosten einer Krise aufbürdet, für die sie in keinster Weise die Schuld tragen.
- demokratisch gestaltete Finanzmärkte, auf denen nicht die Interessen der Branche selbst zum obersten Gestaltungsprinzip erklärt werden.

Neben allen vorgeschlagenen Maßnahmen, die direkt am Finanzmarkt bzw. im Unternehmen ansetzen, gibt es auch tiefer liegende makroökonomische Gründe für die Entstehung der Finanzmarktkrise und/oder der Krise in der Eurozone, sodass es einer grundlegenden Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik bedarf. Eine faire Verteilung der Einkommen würde auch zur Beruhigung der Finanzmärkte beitragen, sodass letztlich gilt: „Geht's den Arbeitnehmer/-innen gut, sind die Finanzmärkte stabil.“